

Halle und Umgebung.

Saale a. S. 10. März.

Kunst und Submision.

Der „Sächsisch-Thüringische Retter- und Pferdezug-Verein“ beschäftigt beauftragt, auf den Paffendorfer Wiesen eine Rennbahn-tribüne und ein Totalisator-Gebäude zu errichten. Die Arbeiten sollen im Submisionswege vergeben werden. Soweit die kurzen Bemerkungen der Bekanntmachungen des Vereins.

Hierzu wird nun der „Saalezeitung“ aus Halle mitgeteilt, daß der Verein seiner Bestimmung gemäß vorwiegend aus Großgrundbesitzern, Offizieren der benachbarten Kavallerie-Regimenter usw., also aus Mitgliedern besteht, denen Kunst und künstlerische Betätigung, und denen namentlich Heimatschutz nicht ganz fremd sein sollten und daß man daher von ihm erwarten könne, daß er bei Bauten, die in einer rechtlichen landschaftlichen Umgebung liegen werden und von weither sichtbar sein dürften, das künstlerische Moment nicht völlig ausschließt, wie es bei seinem bisherigen Vorgehen zu vermuten ist. Es handelt sich um Gebäude mit Baukosten von etwa 40 000 Mark. Zu ihrer Errichtung ist nicht zu nächst ein öffentlicher Wettbewerb unter Berufenen Architekten, sondern eine Submision mit Uebernahme der Bauausführung um eine runde Summe veranlaßt. Die Hoffnung, daß sich hierbei ein Ergebnis erzielen lasse, welches der Sache an sich wie der Landschaft nütze, ist nicht eben groß, um so mehr nicht, wenn etwa lediglich Mindestangebote berücksichtigt würden. Mit Recht haben daher die Berufenen in Halle Schritte unternommen, die Submision in einen Wettbewerb umzuwandeln und so der leicht möglichen Verunstaltung des landschaftlichen Bildes durch ein ungeschicktes Bauwerk vorzubeugen. Ist das jedoch nicht möglich, so soll wenigstens der Versuch gemacht werden, das Ergebnis des Submissionsverfahrens durch hervorragende Architekten prüfen zu lassen. Wir hoffen, daß diese Schritte nicht erfolglos bleiben, da das einschlägige Verfahren vermuthlich nur aus Unkenntnis der Verhältnisse gewährt wurde. Vielleicht könnte hier auch das Verunstaltungsgebot Anwendung finden.

Kaiser Friedrich-Denkmal.

Wie angekündigt, behandelte der 3. kommunale Bezirksverein in seiner getrigen Versammlung die Frage der Errichtung eines Denkmals für den unvergeßlichen Kaiser Friedrich. Der Vereinsvorsitzende erinnerte daran, daß die selbe Angelegenheit den alten Bürgerverein für städtische Interessen und mehrere kommunale Vereine bereits in den neunziger Jahren beschäftigt hat, daß sie dann aber in Vergessenheit geraten ist. Vor etwa einem Jahre beschäftigte sich der Verein ehemaliger Artilleristen mit der Denkmalsfrage und brachte sie auf den Delegiertentagen des Kreisvereinsverbandes Halle wiederholt in Anregung, jedoch nicht mit dem Erfolg, den man erwartet hatte. Der 3. Verein will nun die Sache in die Hand nehmen und wenn möglich so fördern, daß zum 25. Todestage, also in drei Jahren, das geschehene Werk der Öffentlichkeit übergeben werden kann.

Es wird darauf hingewiesen, daß viel kleinere Städte ihr Kaiser Friedrich-Denkmal haben, und sie seien stolz darauf. Man erinnere an das schöne Standmonument in der Nachbarstadt Merseburg, einfach und doch erhabend. In dieser Weise wünsche man es auch in Halle. Gerade in den breiten Schichten des Volkes, bei m. e. in f. a. s. W. a. n. n. e. sei große Sympathie für ein solches Denkmal vorhanden.

Die Versammlung stimmte dem Antrage, die Sache von Vereins wegen in die Hand zu nehmen, zu und wählte auf Vorschlag eine Kommission von sieben Herren, welche die vorzulegenden Schritte zu unternehmen hat. Man will zunächst mit Vereinen, so Krieger-, Geland-, Schützen-, Turn- usw. Vereinen in Verbindung treten und sie dafür interessieren. Dann soll eine allgemeine Bürgerversammlung einberufen und dieser das Projekt vorgelegt werden. Diese Versammlung mag dann das eigentliche Denkmal Komitee bilden und das weitere in Bezug auf Aufbringung der Kosten, der Platzfrage usw. bestimmen.

Die anwesenden Gäste erklärten ihre Freude und Zustimmung zu der Anregung.

Ausstellung

für Vogelschutz- und Naturdenkmalpflege.

Die Anmeldungen sind so zahlreich eingegangen, daß das Zimmer hinter dem kleinen Saale der Kaiserliche hingenommen werden muß. Unter weitestgehendem, heimisches naturwissenschaftliches Gehalt. Mitteil. Institut von Wilhelm Schiller mit die sämtlichen Vogelarten Deutschlands und ihre Feinde ausgestellt.

Der Heideverein wird den gesamten Inhalt seines Heidemuseums, das in den letzten Wochen noch bedeutend vervollkommen ist, zur Ausstellung bringen. Der Bund für Vogelschutz in Stuttgart (eine Vereinigung von 17 000 Mitgliedern) und der deutsche Verein zum Schutze der Vögelwelt. Sie in Meiseburg, werden sich beteiligen. Die Firmen Wils, Schöb in Witten i. Westf. und Karl Schumann hier werden Kitzbühnen, Futterhäuschen, Futterböden, Futterhäuser, Futterheime usw. zur Schau bringen. Die beliebige Vorkaufnahme von 8. Münster wird die Verlagswerke von Parey in Berlin, Volkstheater in Leipzig, Wieweg in Braunschweig, Cress in Magdeburg usw. ausstellen, ebenso der Verlag von Gebr. Bornträger in Berlin die Werke über Naturdenkmalspflege von Prof. Dr. Conwentz, Denz. Die Firma Grell u. Co. in Dagnau i. S. ist mit Kautschukwaren vertreten. Vogelfutter und Vogelflässe sind selbstverständlich gleichfalls ausgestellt.

Bekanntlich sind die Ansichten darüber, wie sich der Vogelschutz zum Fahren von Eingeborgten stellen soll, geteilt. Erwünscht ist es natürlich, daß sich die Heideverein weniger auf einen einzelnen Eingeborgten und mehr den Erboten und der Heidegesellschaften usw. auswendet. Um dies zu fördern, ist eine große Kollektion exotischer Vögel seitens der abendlichen Vogelhandlung von Karl Seidler hier ausgestellt, während die Heidegesellschaften von Karl Schorrmann hier, und einige andere Herren von hier eine große Anzahl Aquarien mit sehr seltenswerten Insekten zur Schau bringen.

Kurzum, die Ausstellung wird sehr beachtenswert sein, und viel Interessantes für Jung und Alt enthalten.

Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Am Donnerstagabend voriger Woche fand im „Wintergarten“ eine stark besuchte Versammlung der Privatangestellten von Halle a. S. statt, die einberufen war von der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“.

In der Versammlung für die soziale Versicherung der Privatangestellten befaßte sich bekanntlich zwei Richtungen; die eine will die Errichtung einer Sonderkasse für die Privatangestellten, die andere wünscht die Versicherung durch Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung durchgeführt zu werden.

Herr Dr. Hirsch, Aachen, unterzog beide Ideen einer kritischen Begutachtung. Es unterläge aber kaum einem Zweifel, daß bei der Reform der bestehenden staatlichen Invalidenversicherung durch Sonderbestimmungen leicht zu erreichen sei, daß das bestehende Invalidengeld mehr auf die Bedürfnisse der Privatangestellten zugeschnitten würde. Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre, bessere Bestimmungen für unterbezahlte weibliche Angestellte, eine andere Festsetzung des Invalidenbegriffes u. a. m. Vor allem ist aber zu bedenken, daß die vorliegende Reichsversicherungsordnung die günstigste Gelegenheit gäbe, den Sonderwünschen der Privatangestellten Rechnung zu tragen. Er schloß mit einem Appell an die Versammlung, lieber das Erreichbare zu nehmen und zu erkämpfen, als Ideale nachzulaufen, die sich nur schwer realisieren ließen.

Hierauf sprach Herr Granzin-Berlin. Er machte in eingehender Rede über die augenblicklichen Lage des Kampfes der Privatangestellten für die Pensionsversicherung Mitteilung. Er stellte fest, daß nach Statistiken ca. 75 Proz. aller Privatangestellten ein geringeres Einkommen als 2000 Mark bejahen, die Sonderkassen daher nur einer geringeren Anzahl von besser Situierten zugute käme, der größere Teil aber nach wie vor der Invalidenversicherung unterließe. Redner bewiesworte in warmen Worten den Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung unter Berücksichtigung der besonderen Lebensbedingungen der Privatangestellten.

Herr Granzin sprach über die Vorzüge der hiesigen Vereinigung für Pensionsversicherung, war gegenteiliger Meinung als der Vorredner.

Das Ergebnis der Versammlung war die Annahme nachstehender Entschließungen mit allen gegen etwa zehn Stimmen:

„Die am 2. März im Wintergarten zu Halle a. S. versammelten Privatangestellten von Halle a. S. erheben energischen Protest gegen die Verschlappungspolitik der Regierung in der Frage der Invalidenversicherung.“

In ihrer Denkschrift hat die Regierung den Angestellten versprochen, die Pensionsversicherung noch vor der Reform der Reichsversicherungsordnung zu bringen. Am 17. Januar jedoch erklärte Staatssekretär Delbrück plötzlich, die Versicherung der Angestellten müsse hinter die Reichsversicherungsordnung zurückgestellt werden.

Die rein äußerlichen Gründe, mit denen der Staatssekretär das Verhalten der Regierung zu entschuldigen suchte, können als inhaltlich nicht anerkannt werden und berechtigen die Regierung nicht, eine Erfüllung der Wünsche der Angestellten im Rahmen der Reichsversicherungsordnung zu versprechen abzulehnen.

Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die schwankende Haltung der Regierung bisher durch die parteipolitische Standespolitik eines Teils der Privatangestellten begünstigt worden ist, und richtet an die gesamte deutsche Privatbeamenschaft die Aufforderung, nunmehr die günstige Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen und mit aller Entschiedenheit für die Erfüllung ihrer Wünsche innerhalb dieses Gesetzes einzutreten.

Vom Reichstage erwarten die Versammelten, daß er der weiteren Verschleppung der Angestelltenversicherung wirksam entgegentritt und die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung zu ausgestaltet, daß den berechtigten Forderungen der Angestellten entsprochen wird.“

Unterricht in der Staatsbürgerkunde.

Den von allen Seiten gegebenen Ratschlägen, man solle der heranreifenden Jugend in der Staatsbürgerkunde die Unterweisung erteilen, hat Leipzig Folge geleistet. Von Oftern 1910 ab wird in allen Fortbildungsschulen des Inspektionsbezirks Leipzig II im Anschluß an die Berufs- und Heimatkunde auch Unterricht in der Staatsbürgerkunde eingerichtet werden.

Es wäre sehr erfreulich, wenn auch die Fortbildungsschulen in Halle diesem Beispiel folgten. Auch den Gymnasialisten und Realgymnasialisten wäre es sehr dienlich, wenn sie im Anschluß an den Geschichtsunterricht in der Staatsbürgerkunde unterrichten würden. Staatsbürgerliche Erziehung ist für die heutige Zeit ein Gebot der Notwendigkeit, das in Deutschland leider viel zu wenig befolgt wird.

Tierchutz ist nicht Polizeiverordnungsrecht.

Das Kammergericht hat über die Grenzen des Polizeiverordnungsrechts eine grundsätzliche Entscheidung gefällt.

Es war auf Grund einer Polizeiverordnung angeklagt worden, welche vorschreibt, daß Hunde zum Ziehen von Karren nur mit polizeilicher Genehmigung benutzt werden dürfen; auch sollen die Karren nur zum Fortschaffen von Lasten benutzt werden, welche 75 Kilogramm nicht übersteigen. Zu seiner Verteidigung machte S. geltend, auf seinem Hundekarren hätte sich zwar eine Last von über 75 Kilogramm befunden, dafür hätte aber auch ein junger Mann dem Hunde beim Ziehen des Karrens geholfen; die betreffende Polizeiverordnung sei auch unzulässig.

Die Strafkammer verurteilte aber S. zu einer Geldstrafe, weil er sich gegen eine gültige Polizeiverordnung vergangen habe.

Auf die Revision des Angeklagten wurde aber vom Kammergericht die Vorentscheidung aufgehoben und S. freigesprochen, indem u. a. ausgeführt wurde, nach § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 gehöre es unzweifelhaft zu den Obliegenheiten der Polizeibehörde, für Leben und Gesundheit von Personen, für den Schutz von Personen und des Eigentums, für Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Wegen Sorge zu tragen. Der Tierchutz gehöre aber nicht zu den Gegenständen des Polizeiverordnungsrechts; da die in Betracht kommende Polizeiverordnung aber ohne Zweifel lediglich zum Schutze von Tieren ergangen sei, so könne sie nicht als gültig angesehen werden.

Sparkasse der Stadt Halle.

Im Monat Februar d. J. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen Ende Januar: 49 409 371,12 Mark gegen 46 276 584,87 Mk. im Vorjahre; Einzahlungen im Februar: 2 571 246,50 Mk. gegen 2 478 233,62 Mk. im Vorjahre; ausgaben: 51 880 617,71 Mk. gegen 48 754 818,49 Mark im Vorjahre. Rückzahlungen im Februar: 1 215 890,93 Mark gegen 1 082 064,59 Mk. im Vorjahre; Bestand Ende Februar: 50 764 726,78 Mk. gegen 47 702 753,90 Mk. im Vorjahre.

„Dankend angenommen.“

Der Inhaber eines hiesigen Spezialhauses hatte einer Verkäuferin wegen Gehorsamsverweigerung zum 1. April d. J. gekündigt. Sie hatte der Aufforderung, auf dem Lager zu helfen, nicht Folge geleistet. Vor dem Kaufmannsgericht gab sie zur Begründung ihrer Weigerung an, es sei ihr zu Ohren gekommen, daß der Lagerhalter die jungen Mädchen mitunter umarmt und küsse. Da sie die gleiche Zudringlichkeit befürchtete, habe sie es abgelehnt, auf dem Lager zu arbeiten.

Den Empfang des Kündigungsbriefes bekräftigte die Verkäuferin mit dem schriftlichen Bemerkt: „Dankend angenommen.“ Der Ges. sah darin eine Beleidigung und hielt sich für berechtigt, nunmehr die Verkäuferin wegen ungebührlichen Benehmens sofort zu entlassen. Er sprach aber die Entlassung noch nicht aus, sondern wollte sich vorerst erst beim Kaufmannsgericht über sein Recht vergewissern. Er klagte daher gegen die Verkäuferin, sie solle anerkennen, daß in ihrem Verhalten ein Grund zu sofortiger Entlassung gelegen habe. Natürlich verweigerte die Beklagte diese Anerkennung. Das Kaufmannsgericht pflichtete ihrer Ansicht bei und wies die Klägerin kostenpflichtig ab.

In der Urteilsbegründung wurde gesagt, das Gericht sei einmütig der Ansicht, daß in dem Bemerkt der Verkäuferin keine erhebliche Ehrverletzung des Prinzipals liege. Es habe der Beklagten frei gestanden, kundzugeben, daß sie die Kündigung nicht ungerne annehme.

Des Kindes Engel.

Gestern nachmittag 4 Uhr tützte das 4jährige Töchterchen Angehörigen eines in der Delitzschstraße wohnenden Spediteurs dem zweiten Stockwerk auf das Straßenpflaster. Das Kind hatte sich zu weit hinausgelehnt und bekam das Uebergewicht. Bemerkunglos wurde das kleine Wesen ausgelassen, aber alsbald kam es wieder zu sich und erhob sich rasch. Die

Frühjahrs-Neuheiten

Knabenanzügen
Mädchenkleidern

Turnkleider
Vorschrift.

Weddy-Pönicke

Größte Auswahl. Billigste Preise.

Leipzigerstr. 6.

Dritte Schaufenster-Rechnen.



